Rok 11 Nr. 5

DER PRANGER

Eine Beilage des „Głos Górnego Sląska", welche zur Aufdeckung u. Beilegung jeglicher Mißstände dient

Weg mit den Kohlenbaronen, aber auch weg mit dem Kohlensyndikat

Herunter mit den Kohlenpreisen, Panie Ministrze Prystor!

Unser Artikel den wir unter dem Titel „Precz z Koncernami Węglowemi", gebracht haben, hat seine Wirkung nicht verfehlt.

Die Herren Falter, Nosowicz und Petschek können haben sich sofort zusammengefunden, um eine Gegenaktion zu unternehmen. Es wurde beschlossen, **die Kohlenkoncerne aufzuheben**, dafür aber ein Kohlensyndikat zu gründen. Es sollen dieselben Sünden an dem oberschlesischen Volke — nur unter einen **anderen Deckmantel** — **begangen werden.**

Die Herren Falter, Nosowicz und Petschke können versichert sein, dass ihnen ihr Treiben nicht gelingen wird. Speziell **Petschek** als Hauptaktionär in gewissen Gruben und zugleich Hauptmatador im Koncern „Fulmen". Petschek verdient doppelt: als Hauktaktionär in den Gruben wie auch als Obermacher im Koncern „Fulmen". Zwei Aktionäre der Gruben haben gegen Petschek die Zivilklage bereits angestrengt. — Und wir werden ihnen helfen, denn wir haben Zeugen, die wissen wie's dort (im Koncern „Fulmen") gewirtschaftet wurde.

Jetzt ist der Minister Prystor dran, den Kohlenmatadoren in den Koncernen das Handwerk zu legen.

Herunter mit den Kohlenpreisen, weg mit den Kohlenkoncernen, weg mit dem Kohlensyndikat, denn diese verteuern die Kohle.

Dort drückt die „Zachodnia" und die Sanacja der Schuh!

Nachdem die Sanacja infolge der grossen Ungerechtigkeiten, die man den **Oberschlesiern** gegenüber erwiesen hat, **in Genf** kläglich reingefallen ist, erwiderte E(dward) R(umun) in der „Polska Zachodnia" Nr. 23 1931 unter dem Titel: "Nasze credo" (Unser Credo). Dort stellt der Chefredakteur der „Polska Zachodnia", also einer Zeitung, die doch sich selbst im Auslande als **halbamtliches** Blatt bekannt hat, dass **Kanalien** nur über ein **Sieg der Deutschen** in Genf sprechen können.

Edward Rumun, der überhaupt eine Existenz in Oberschlesien **seit der Uebernahme Oberschlesiens durch Polen zu verdanken hat**, zieht mächtig über den Völkerbund wie auch über die **Genfer Konvention** her. Er sagt dies deutlich in folgenden Sätzen:

„Denn, wenn auch die Genfer „Gerichte" uns weder angenehm sind und uns in unsere Ambition gehen, so werden wir für den Preis unserer Anschauung („dobrej marki") in Genf unsere Interessen des Polentums für Schlesien **nicht preisgeben**. Die Genfer „Gerichte" und verschiedene Tribunale werden wir überleben. Wir überleben auch geduldig die Zeit der verbindlichen und die uns auf perfide und gegen uns gerichteten und von der loyalen Minderheit durch die Genfer Konvention missbrauchten Minderheit..."

Also **dort drückt** den Rumun der **Schuh.** Der Plan ist durch diesen Artikel Rumuns sehr genau gezeichnet: **Weg mit dem Völkerbund, weg mit der Genfer Konvention. Denn dadurch sind die „Swoi" lediglich im Nachteil, solange die Genfer Konvention noch etwas in Oberschlesien Geltung hat.**

Wir verstehen den Rumun, dass er so etwas in dem Leibblatt des „geistigen Führers" der Aufständischen sagt. Denn er (Rumun) hat vorläufig noch die Macht, solange sein „geistiger Führer" da ist.

Aber Edward Rumun muss verstehen, dass ein solcher Artikel in einem **halbamtlichen** Blatt des Regierungsvertreters dem **polnischen Staate lediglich schadet.**

Und im übrigen muss Rumun verstehen, **dass Oberschlesien durch den Botschafter- und den Völkerbundsrat in diesem Teil Polen lediglich zugeteilt worden ist. Dadurch ist auch lediglich Rumun in Oberschlesien, d. h. in Katowice als Chefredakteur der „Polska Zachodnia".**

Dass die „Genfer Konvention" den Herren aus der „Polska Zachodnia" nicht angenehm ist, verstehen wir. **Aber wir als Oberschlesier haben das Recht dazu, die in der Genfer Konvention uns gegebenen Garantien zu verlangen.**

Neben diesem in der „Polska Zachodnia" erschienenem Artikel verdient auch der im „Kurjer Krakowski" veröffentlichte Artikel **gebrandmarkt** zu werden. Dort hat sich nämlich irgendein Arzt (ein „Swój" eingebildet, er müsse sofort in Oberschlesien als Krankenkassenarzt eingestellt werden, **sobald er nach Oberschlesien kommt.**

Bekannt ist jedoch dass in der **Małopolska nicht einmal als Schornsteinfeger ein Oberschlesier ankommen kann.** Ein oberschlesischer Arzt wollte sich an der Universität in Krakau weiter vervollständigen. Dort erklärte man ihm, **dass leider die Apparate von den dortigen Aerzten besetzt sind, so dass er unverrichteter Sache nach Hause kehren musste.**

Und nun hat mit Fug und Recht der Związek Gospodarczy Lekarzy beschlossen, dass jeder zugewanderte Arzt zunächst 2 Jahre Praxis haben muss, bevor er in Oberschlesien zur Krankenkassenpraxis zugelassen wid. Darüber regt sich das **Krakauer Hetzblatt auf.** Wir wissen bereits, dass **solche Machinationen von seiten der Krakauer daraus ausgehen, unsere oberschlesischen Aerzte brotlos zu machen.** Ausserdem kommen ja aus Galizien lediglich lauter **Juden nach Oberschlesien,** die dann als Krankenkassenärzte angestellt werden wollen.

Also dort drückt die Brüder aus Kleinpolen der Schuh. Hoffentlich werden sich die Aerzte wie auch diejenigen, denen die Genfer Konvention die Rechte garantiert dagegen wahren und den Brüdern aus Kleinpolen die Meinung am richtigen Ort sagen. Denn in Kleinpolen würde kein Oberschlesier, sei es als Arzt, sei es als Beamter möglich sein.

Was schreibt die deutsche Presse über die Kasa Oszczędn. i Pożyczkowa in Mysłowic?

Unter Bezugnahme auf den in der Zeitung „Der Volkswille" Nr. 16 1931 unter dem Titel: "Die Rettung kommt aus Myslowitz", erschienenen Artikel setlle ich in bezug auf die Kasa Budowlana und Pożyczkowa (Bau- und Darlehnskasse) folgendes fest:

1. Ich bin selbst als eifriger Leser und sogar Abonnent des „Volkswille", Mitglied und Teilhaber dieser Kassa und kann nur alles löbliche von ihr besagen.

2. Dies bestätigen auch die Artikel, die in der „Polska Jutrzejsza", "Kurier Zagłębia", „Gazeta Robotnicza", „Polonia" und anderen Zeitungen erschienen sind.

3. Es steht fest, dass keine Bank, wie auch keine Sparkasse auf diesen günstigen Bedingungen eine Anleihe erteilen kann.

4. Jeder kan sich überzeugen, dass in der kurzen Zeit, d. h. seit dem 1. 9. 1930 bis 31. 12. 1930 547 Teilnehmer bezw. Teilhaber dieser Kasse sind.

5. Wenn sogar der Sędzia Okręgowy (Landrichter) aus dem Sąd Okręgowy, Wadowice Dr. Erb, um die Anleihe in Höhe von 30 000 Zloty oben erwähnte Kasa ersucht hat, so wird er bestimmt die Bedingungen als Jurist genau studiert haben. Denn ein Richter als Jurist wird sich bestimmt nicht aufs Glatteis begeben, zumal es sich noch gerade in diesem Falle um rein geschäftliche Angelegenheiten handelt, aus denen den Nutzen derjenige hat, der die Anleihe erhält. Selbst die „Polonia" in ihrer Nummer 2262 vom 22. 1. 1931 gibt einen fast eine ganze Seite langen Artikel für diese Kassa unter Angabe von einem Teil der Dankschreiben, die die Anleihe bereits von dieser Kassa erhalten haben.

6. Was die Person des Herrn Swiety anbetrifft, so darf man seine Jugendsünden in seinem Alter nicht mehr ins Gedächtnis zurückrufen, nachdem es sich erwiesen und gezeigt hat, dass es gerade Herr Święty gewesen ist, der dieses Unternehmen gegründet und zum Gedeihen und Blühen gebracht hat.

„Volkswille" Nr. 20/31.

Der neue „Prophet" zur Verminderung der Arbeitslosenziffer

Allah ist gross und Mohamed ist sein Prophet!

Allah war in Brześć nad Bugiem, und überliess den Koran zur Interpretierung seinem „Propheten", dem **frischgebackenen Posel Czesław Wieniawa-Chmielewski.**

Zu welchem Zweck eigentlich dieser hier aus dem Posenschen hergekommene „Pyra" als Posel in den Schles. Sejm gewählt worden ist, weiss **kein Mensch.** Wie ein türkischer „Heiliger" kam Czesław nach Oberschlesien, **Taschentücher hatte er aus einem alten Oberhemd.** — So „begütert" kam er hierher

Aber wozu ist nicht unser Allah-Korfanty. — Als Decorum brauchte er einen aus dem ehem. preussischen Teilgebiet, denn alles andere ist aus dem fernen Osten, „Skandalizien", Ukraina, in der „Polonia". Auf der ul. Marjacka (in der Filiale) selbst ist eine „Swoja", „próóószę Pana".

So sorgt Korfanty für die Oberschlesier!!! —

Vorläufig weilt Allah-Korfanty in Cairo bei seinen Freunden, den Franzmännern, die dort den Eingeborenen die "Kultur" der „grossen Nation" einimpfen!!!

Und Mohamed-Chmielewski vertritt den Allah-Korfanty. Czesław "arbeitet" über Probleme. Er hat aus A n g s t den Schwanz seiner Zeit eingezogen, um die Eröffnungsrede des Wojewoden im Schles. Sejm Nr. 3 zu kritisieren. — Daraufhin veröffentlichte er sein Grsch — z — kapustą in der „Polonia", was allgemeine Heiterkeit erwirkte. — So „begründet" war des Czesław Replique.

Nun aber greift Czesław zum Arbeitslosenproblem, schreibt einen grossen Leiter. kommt auf Oberschlesien zurück und sagt:

Die Arbeitslosenziffer kann in Oberschlesien verschwinden (er hat 53 000 „Elfer" gezählt), wenn die . . . . noch Beschäftigten um eine Stunde täglich weniger arbeiten!!! —

Tableau! — Dann gibt es keine Arbeitslosen mehr in Oberschlesien.

Wir könnten aber sagen: Fangen Sie, lieber Czesław, bei der „Polonia" an! — Sie sollen zuerst aus Oberschlesien verschwinden, um nach Poznań zu gehen, dann **Smotrycki** nach **Kongresspolen**, dann **Tabaczyński, Wojciechowski et consortes nach Galizien**, „**Wukas**" nach der **Ukraina**, etc. etc. — **Zumindestens 20—30** Stellen würden in der „Polonia" frei werden für Oberschlesier, **die dann der Schwindelkunst Allah's-Korfantys heute auf den Mond gucken müssen.**

Aber Czesław-Mohamed denkt nicht daran. Er hat sein Scherflein bereits im Trockenen. Seine monatliche Pension als Direktor beträgt in der „Polonia" ungefähr **2000 Złoty**, als Poseł bezieht er monatlich auch noch **1360 Złoty**. Also, das reicht für den Vertreter Allah's.

Denn ein **leichtgläubiger Oberschlesier** verantwortet ja die Elaborate, die Czesław, Tabaczyński, „Jotes" et consortes in der „Polonia" verzapfen. Dann gibt es einige noch **leichgläubigere** Oberschlesier, die zu öffentlichen Versammlungen fahren, um als Deckmantel Allahen's und Mohamed's „Thesen" zu vertreten.

Ja wirklich und wahrlich gesagt, naiv bist Du, oberschlesisches Volk, sofern Du Dich von solchen „Propheten" a la Czesław einseifen lässt.

Durch Unzuverlässigkeit der Korfantypartei kommen die aus dem eh. Galizien hoch

Wir haben in der vergangenen Nummer des „Głos G. Śl." berichtet, wie durch die Unzuverlässigkeit des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Obremba in Mysłowice er das Vertrauen der Stadtverordneten verloren hat. Die Folge davon war, dass an dessen Stelle ein „Swój", **Piotrowski**, gewählt wurde. **Piotrowski stammt aus dem ehem. Galizien und gehört der P. P. S. (polnischen roten Brüder) an. — Das passiert in einer Stadt, die den Primas von Polen, S. E. Kardinal Dr. Hlond zum Ehrenbürger ernannt hat!! Herr Prälat Bromboszcz hören Sie?** —

Aber Dr. Obremba ist Korfantyst und hat sich als solcher so „beliebt" in Mysłowice gemacht, dass **ihn selbst die Oberschlesier fallen liessen!!!**

Dasselbe passierte neulich in Rybnik. Dort führte das grosse Mundwerk in der Rada Miejska auch ein Korfantyst der frühere Arbeiter und jetzige **Grammophon Kaufmann Prus**, der jetzt auch Poseł geworden ist.

Auch er wollte wieder einmal Stadtv.-Vorsteher werden. Und siehe da: Trotzdem dort die Korfantysten fast **die Mehrheit** bei den letzten Wahlen erreicht hatten, **so wählten die Stadtverordneten wieder einen aus dem ehem. Galizien Dr. Adam zum Vorsitzenden des Stadtverordnetenkollegiums, der noch dazu der Sanacja gehört!!!**

Also ein zweites Beispiel, wie die Korfantysten in Oberschlesien „beliebt" sind!!!

So wie man dem Korfanty nicht mehr glaubt so glaubt man erst recht nicht seinen Handlangern a la Dr. Obremba, Prus et consortes.

Panie Czesław aus der „Polonia", das ist auch die Frucht ihrer Hinterlist im Sejm, wo Sie einige, die den Korfanty aus Brześć zu entlassen mitgeholfen hatten, übers Ohr gehauen haben.

Die Vertreter wissen, wie man Sie einschätzen muss!

„Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht und wenn er auch die Wahrheit spricht", sagt ein Sprichwort und dies — in dieser Hinsicht — erst recht mit Fug und Recht.

Ein Beispiel der „neuesten" (Wyrób krajowy) Verwaltungspraxis in Oberschlesien

Die nachstehenden, sowie noch kommenden Veröffentlichungen verfolgen den Zweck, über die Dinge in Oberschlesien die Augen zu öffnen, andererseits sollen sie Warszawa zu einer sachlichen Stellungnahme veranlassen.

In der Nr. 142 vom 23. Juni 1928 bringt die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza" einen sensationellen Artikel unter dem Titel: „Lüften wir ein wenig den Schleier über die Tätigkeit des Herrn Dr. Gunia, des Direktors der Sozialversicherungsanstalt in Königshütte". Mit genauer Akten- und Zeugenangabe wird da diesem Dr. Gunia vorgeworfen, für seine „galizischen" Freunde die Wojewodschaftsräte Knobloch, Soboleński und andere Invalidenversicherungsbeiträge einfach niedergeschlagen und auch die dafür auferlegten Strafmandate erlassen zu haben. Den Kontrollbeamten Buchner und Skubala soll Dr. Gunia noch obendrein Dienstverweise erteilt haben, weil sie sich unterstanden, bei den genannten „Galiziern" die Kontrolle auszuüben und zur Strafe vorzuschlagen. Die Zeitung knüpft an diesen Tatbestand eine vernichtende Kritik an. Es sei unerhört, dass „Galizier" in einwandfrei strafwürdigerweise arme oberschlesische Dienstmädchen um die Vorteile der Invalidenversicherung brachten und dass es überaus befremde, wenn sich ein solches Gebahren gerade der Direktor der Versicherungsanstalt zu schulden kommen lasse. Die Zeitung **fordert** die **Absetzung** Dr. Gunias vom Amte, weil hier die Erfordernisse des § 23 der R. V. O. gegeben seien. Daraufhin strengt Gunia gegen den verantwortlichen Redakteur Motyka Privatklage an. Aus diesen Prozessakten beim Amtsgericht Kattowitz 10. B. 130/28 geht hervor, dass der Zeuge Szczepański, Oberkontrollinspektor der Versicherungsanstalt, unter Eid die Angaben der Zeitung vollauf bestätigt hat. Die Restzeugen Buchner, Skubala und Puchalka sind bis heute noch nicht verhört. Der Prozess ist bis jetzt noch nicht zu Ende. Seit dieser Pressepublikation ist es bis zu unserem Artikel in der Oeffentlichkeit still davon. Dafür aber nehmen zwei unerschrockene Oberschlesier im Stillen den Kampf gegen die in Oberschlesien eingerissene „galizische" Kliquenwirtschaft auf. Die Entwicklung dieses stillen Kampfes ist für den heutigen Stand der Dinge in Oberschlesien bezeichnend und belehrend.

Schon am 17. Juni 1928 macht Konrad Wojtacha aus Königshütte von den oben geschilderten Vorgängen der Kriminalpolizei in Königshütte Meldung. Das daraufhin eingeleitete Verfahren wird mit Schreiben vom 26. Oktober 28 — I. J. 921/28 durch den Staatsanwalt mit der Massgabe niedergeschlagen, dass eine strafbare Handlung Gunias nicht vorliege da die Aufsichtsbehörde, das Wojewodschaftsamt, in dem Verfahren Dr. Gunias nichts gesehen habe, was die Einleitung von Disziplinaruntersuchungen berechtigt erscheinen liesse. Aus diesen Akten geht hervor, dass der Bescheid der Wojewodschaft die Unterschrift des Leiters der Präsidialabteilung trägt. Gestützt auf den Bescheid seiner Aufsichtsbehörde sowie auf die Entscheidung des Staatsanwalts beantragt nun seinerseits Dr. Gunia gegen Wojtacha Bestrafung wegen falscher Anschuldigung eines Beamten und bekennt sich protokularisch selbst zur Begehung des ihm vorgeworfenen Verfahrens. Auf Grund dieses Selbstzeugnis Gunias wird das Verfahren gegen Wojtacha unter dem 31. Dezember 28 — 3. J. 1354/28 ebenfalls niedergeschlagen. Wojtacha führt noch ein Berufungsverfahren gegen die Niederschlagung vom 26. Oktober 1928 durch, das mangels Einhaltung des Anwaltzwanges zurückgewiesen wird. Wojtacha ist nämlich seit Jahren arbeitslos.

Was wir bis dahin geschildert haben, ist nur Vorgeplänkel. Die Angelegenheit nimmt nunmehr durch den Schlossereibesitzer Paul Sobiech aus Königshütte eine pikante Wendung. Diesem erzählt eines Tages Wojtacha davon, dass der jetzige Direktor der Versicherungsanstalt Dr. Gunia ein sehr guter Mann sei, da er Invalidenbeträge einfach niederschlage, und dass ihm dies der noch famosere Dr. Saloni erlaubt habe. Sobiech bekommt auch den Bericht der „Gazeta Robotnicza" zu lesen. Dies lässt ihm keine Ruhe und deshalb fragt er am 28. November 1928 die Aufsichtsbehörde Dr. Gunias — unser R. V. A. — d. i. den Präses an, ob ihm als Oberschlesier dasselbe Recht auf Befreiung von den Invalidenbeiträgen für seine Gesellen zustehe, wie dies von Gunia denen auf dem ehem. Galizien gegenüber des öfteren gehandhabt wurde. Am 7. Dezember 28 — 428/28 verweigert der Präses Sobiech Aufklärung und stellt im Bedarfsfalle ein Pressekommunikat in Aussicht. Auf dieses Pressekommunikat wartet Sobiech bis heute vergeblich. Nun lässt es Sobiech darauf ankommen und zahlt keine Invalidenbeiträge mehr. Dies bringt ihm prompt ein Strafmandat ein. Dagegen legt er am 22. April 1929 das Rechtsmittel beim Oberversicherungsamt in Myslowitz ein. Gleichzeitig beantragt er in einer scharfsinnig begründeten Anzeige gegen Gunia Strafverfolgung. Am 27. Mai 1929 meldet ihm der Staatsanwalt, dass die Akten an den Präses abgegeben wurden da Sobiech niemanden eines Vergehens zeihe und nun um Aufklärung bitte, die ihm nur der Präses erteilen könne. Darüber staunt Sobiech, weil er in der Anzeige Dr. Gunia mit Namen etliche Male als eines Strafvergehens schuldig bezeichnete und dem Staatsanwalt auch berichtete, dass der Präses schon einmal eine Erklärungsabgabe abgelehnt habe, und mit dem angekündigten Pressekommunikat ebenfalls auf sich warten lasse. Inzwischen wartet Sobiech den Erfolg seiner Berufung beim O. V. A. ab. Dieses fällt am 10. September 1929 — proc. U. 64/29 ein namhaftes Endurteil. Die Berufung Sobiechs gegen die Strafe wird mit der Begründung zurückgewiesen, dass das berufene Verfahren Dr. Gunias rechtswidrig sei, und dass darüber zuvor die zuständige Disziplinarbehörde zu entscheiden habe. Dieses namhafte Urteil gibt der Sache eine sensationelle Wendung.

(Schluss folgt.)